

Gustav Pillon (Düsseldorf) und dem Gewerkschaftssekretär Heinrich Schneider (Herne), der Mitglied der DVP war, sollte dem selbst erhobenen Anspruch auf Objektivität Rechnung getragen werden.

Die Bielefelder Gründungstagung dürfte keineswegs so harmonisch verlaufen sein, wie es die wenigen Berichte zu suggerieren versuchten⁵⁹. Insbesondere den Ortsgruppen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet stieß der Berliner Zentralisierungskurs negativ auf, erinnerte er sie doch an die unlängst abgeschüttelte Bevormundung durch Preußen. Die Widerstände ließen sich vor allem an der Person Vogels festmachen, der ein unnachgiebiger Verfechter einer strengen hierarchischen Ordnung zwischen Geschäftsstelle und den Ortsgruppen war. Für die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ lagen die Vorzüge des Zusammenschlusses auf der Hand: Sie erzielte über die Reichshauptstadt hinaus eine höhere propagandistische Breitenwirkung und konnte sich als Volksbewegung präsentieren. Ferner ließen sich Hilfsmaßnahmen wie die ohnehin nur dezentral zu bewältigende Flüchtlingsfürsorge delegieren, wodurch die Berliner Zentrale entlastet wurde. Schließlich und letztlich sollte die Bündelung verstreut und nebeneinander wirkender Kräfte eine Zersplitterung der finanziellen Unterstützungen verhindern. Erst die Symbiose aus flexibler Geschäftsstelle und mitgliederstarkem Bund machte die Gesamtorganisation arbeitsfähig. In der Außendarstellung legte Vogel großen Wert auf die volle Selbständigkeit der Bundesorganisation, der Ortsgruppen und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“⁶⁰; de facto bestimmte jedoch die Berliner Zentrale den Kurs der Propaganda. In der Königgrätzer Straße liefen die Fäden der Saarvereinsarbeit zusammen, dort fielen die richtungweisenden Entscheidungen und von dort erhielten auch die einzelnen Saarvereine ihre Instruktionen. Allerdings entwickelten die einzelnen Ortsgruppen eine Eigendynamik und waren keineswegs immer gewillt, den Berliner Direktiven widerstandslos zu folgen.

2.4 Ausschüsse des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“

Um dem Bedürfnis der süddeutschen Ortsgruppen nach Repräsentation im Bundesvorstand Rechnung zu tragen, wurde bereits 1922 die Zahl der ursprünglich drei Beisitzer auf 12 bis 18 erweitert. Für die Reputation und die damit verbundene Einwerbung von Geldern erwies sich weniger dieser regionale Proporz als vielmehr die Einbindung namhafter Persönlichkeiten in den Bundesvorstand als nützlich. Adam Stegerwald⁶¹ und Albert Südekum⁶² konnten im Frühjahr 1922 ebenso wie

⁵⁹ Vgl. SF 1 (1920) 21, S. 209 f.

⁶⁰ Vgl. Rundschreiben der GSV (Juli 1922), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein I.

⁶¹ Der aus der katholischen Arbeiterbewegung stammende Dr. Stegerwald (1874–1945) stieg nach dem Zusammenbruch der Monarchie in die Führungsspitze der Zentrumsparterie auf. Als deren stellvertretender Parteivorsitzender vertrat er die Partei zwischen 1920 und 1933 im Reichstag, seit 1929 sogar als Fraktionsvorsitzender. Daneben hatte er lange Jahre den Vorsitz des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften inne. Zwischen März 1919 und November 1921 bekleidete er das Amt des preußischen Wohlfahrtsministers, von April bis November 1921 war er zugleich preußischer Ministerpräsident. Zunächst als Verkehrsminister (April 1929 bis April 1930), dann als Arbeitsminister (März 1930 bis Mai 1932) gehörte er allen Kabinetten Brüning